

# „Das gehört sich nicht“

Ab dem kommenden Jahr werden die Müllgebühren bundesweit wohl um bis zu zehn Prozent steigen, weitere Erhöhungen sind schon programmiert. Der Grund: Ab 1. Januar wird auch für die Müllverbrennung eine CO<sub>2</sub>-Abgabe fällig. Dagegen laufen die Betreiber von Müllheizkraftwerken seit Monaten Sturm. Warum eigentlich? Ein Gespräch über Klimaschutz, Ehre und schwarze Plastikflaschen. *Von Michael Konrad*

Thomas Grommes ist Geschäftsführer des Gemeinschafts-Müllheizkraftwerks Ludwigshafen. Dort wird der Restmüll und Sperrmüll von einer Million Einwohnern aus den Städten Ludwigshafen, Worms, Kaiserslautern, Frankenthal, Neustadt und Speyer sowie aus den Landkreisen Alzey-Worms, Bad Dürkheim, Kaiserslautern und Rhein-Pfalz-Kreis verbrannt und energetisch verwertet – jährlich über 210.000 Tonnen Siedlungsabfälle.

Herr Grommes, was wäre für Sie als Chef eines kommunalen Unternehmens eigentlich so schlimm, wenn die Müllverbrennung in Ihrer Anlage in Ludwigshafen durch die CO<sub>2</sub>-Abgabe teurer würde? Die Frage stellt sich, weil Ihre Branche gerade massiv das verschärfte Brennstoffemissions-Handelsgesetz kritisiert, das aus dem Bundeswirtschaftsministerium von Robert Habeck (Grüne) kommt.

Erst mal: Wir haben nichts gegen Klimaschutz. Ich würde mich freuen, wenn wir da vorankommen. Ich halte die CO<sub>2</sub>-Abgabe, wenn sie auf die Müllverbrennung erhoben wird, nur für ein vollkommen ungeeignetes Instrument für den Klimaschutz. Was jetzt als Gesetz verabschiedet werden soll, dient allein dazu, dem Staat Geld zu verschaffen, schätzungsweise 900 Millionen Euro. Ich behaupte, dass Menschen sich durch einen steigenden Abfallverbrennungspreis und damit steigende Abfallgebühren nicht dazu bringen lassen, Müll zu vermeiden. Die Erfahrung in der Abfallwirtschaft zeigt, dass immer,

„Es ist doch völlig unverhältnismäßig, wenn wir unseren Preis durch eine Steuer um 34 Prozent erhöhen müssen.“

wenn man die Verbrennungspreise anhebt, die Menge des Abfalls eher gleich bleibt, dieser aber verstärkt an der falschen Stelle landet: in öffentlichen Papierkörben, an Wanderparkplätzen, an Straßenecken.

Auffallend ist die massive Lobbyarbeit Ihrer Branche bei dem Thema.

Sie meinen: Wo kommt die Energie für unseren Protest her? Für mich kann ich sagen: Sie kommt daher, dass es nicht mein Verständnis unserer Arbeit ist, zu sagen: Ja, dann erhöhen wir halt die Abfallgebühren. Das gehört sich nicht. Das ist des Bürgers Geld, und damit gehen wir vernünftig um. Und wenn wir Kosten vermeiden können, dann tun wir das.

Steckt da nicht noch mehr dahinter? Geht Ihnen die Preiserhöhung an die Ehre? Fürchten Sie um die Auslastung ihrer Anlage?

Um die Auslastung geht es nicht, die ist langfristig sicher bei uns. Ein bisschen geht's an die Ehre. Wir sind bei der GML wirklich stolz darauf, dass der Abfallverbrennungspreis 1997 bei umgerechnet knapp über 140 Euro pro Tonne netto lag und wir jetzt bei 115 Euro pro Tonne netto liegen. Und jetzt kommt Vater Staat, erschafft eine neue Abgabe, und danach sind wir teurer, als wir jemals waren. Wenn dieses Gesetz in Kraft tritt, werden wir in 2026 auf 154 Euro pro Tonne netto kommen. Es ist doch völlig unverhältnismäßig, wenn wir unseren Preis durch eine Steuer um 34 Prozent erhöhen müssen. Da hat sich offensichtlich niemand vorher angeguckt, wie sich die neue Regelung, die man da erlassen will, in dem Markt auswirkt, den das betrifft.

Sie sprechen der CO<sub>2</sub>-Abgabe völlig die Lenkungswirkung ab. Ihre Erfahrungen in allen Ehren: Wenn die Müllgebühren steigen, kann doch

## DAS GESETZ UND DIE BRENNSTOFFE

Die RHEINPFALZ am SONNTAG hat das Bundeswirtschaftsministerium gebeten, einige Fragen zu CO<sub>2</sub>-Abgabe und Müllverbrennung zu beantworten. Auf unsere Anfrage hat das Ministerium nicht reagiert. Fakt ist: Die Bundesregierung will ab 1. Januar 2023 jede Tonne CO<sub>2</sub>, die in Müllheizkraftwerken entsteht, mit 30 oder 35 Euro CO<sub>2</sub>-Abgabe bepreisen. Später sollen es 65 Euro pro Tonne werden. Erklärtes Ziel: Klimaschutz. Mit der Änderung des Brennstoffemissions-Handelsgesetzes seien „nun alle fossilen Brennstoffemissionen Bestandteil des nationalen Emissionsbudgets“, das kontinuierlich sinken müsse, heißt es in einer Presseerklärung. Unser Foto zeigt das Gemeinschafts-Müllheizkraftwerk in Ludwigshafen.

ARCHIVFOTO: MORAY



**GML-CHEF**  
Der promovierte Chemiker Thomas Grommes ist seit 2010 Geschäftsführer der GML.

ARCHIVFOTO: GML



durchaus der Anreiz zur Müllvermeidung steigen. Ich kann als Verbraucher einen kleinen statt einen großen Restmülleimer wählen oder den Abholrhythmus von zwei auf vier Wochen umstellen.

Sie können, das stimmt. Aber die Erfahrung der abfallwirtschaftlichen Praktiker ist – ich mache den Job jetzt seit 1995 –, dass die meisten Menschen die Preiserhöhung nicht spüren und deshalb nichts tun, und dass die, die es spüren, manchmal die falschen Wege nutzen. Aber lassen Sie uns mal positiv reden: Wie könnte denn etwas daraus werden, mal abgesehen von der Höhe der Abgabe, die ich höchst unangemessen finde? Es könnte etwas daraus werden, wenn der Staat ein System organisieren würde, bei dem die tatsächliche CO<sub>2</sub>-Menge der Anlage am Kamin gemessen wird. Wenn man also als Betreiber belohnt würde, wenn man die entstehende CO<sub>2</sub>-Menge reduziert, indem man zum Beispiel technologisch in die Anlage investiert. Im Moment sagt das Gesetz aber lediglich: Du zahlst jetzt 35 oder später 65 Euro

pro Tonne CO<sub>2</sub>. Und es heißt: Es entstehen 0,6 Tonnen CO<sub>2</sub> pro Tonne Abfall. So zahlen sich Einsparungserfolge bei CO<sub>2</sub> nicht aus. Punkt.

Die Auslastung ihrer Anlage in Ludwigshafen ist für Sie kein Thema in diesem Zusammenhang? Dass Müll aus der Region ins Ausland transportiert wird, wo die Verwertung billiger sein könnte?

Nein, für die GML habe ich diese Sorge nicht. Ich finde die Regelung einfach grundfalsch. Und wir, die Betreiber und die Verbände, melden uns deshalb so laut, weil wir wissen, dass man in Berlin auf dem Ohr schwerhörig ist. Man lässt sich nicht raten, wie man es besser machen könnte. Das könnte man zum Beispiel dadurch, dass man als Nationalstaat in der EU beachtet, dass die EU das Thema CO<sub>2</sub>-Bepreisung ohnehin bis 2026 regeln will. Es ist jetzt schon klar: Die Abfallverbrennungsanlagen werden Teil des europäischen Emissionshandels werden. Warum also jetzt ein deutscher Alleingang? Das könnte – und das Risiko gibt es durchaus – Abfälle

in andere EU-Staaten bringen, die diese Abgabe derzeit nicht haben und daher preiswerter sind.

Sie haben gesagt, der CO<sub>2</sub>-Ausstoß der Müllheizkraftwerke ließe sich reduzieren. Wie würde das gehen?

Wenn weniger Kunststoffe in der Anlage landen würden, wäre das ein großer Schritt. Um dafür einen Anreiz zu schaffen, müsste man allerdings Kunststoffe teurer machen, nicht die Verbrennung. Ich muss die Menschen bei ihrer Entscheidungsfindung beeinflussen, wenn sie etwas kaufen, nicht, wenn sie etwas entsorgen. Dann ist es zu spät, weil man den Kauf nicht mehr rückgängig machen kann.

Warum landet so viel Kunststoff im Müll, anstatt recycelt zu werden?

Weil viele Menschen es gerne einfach haben und sich beim Kaufen für Einweg statt für Mehrweg entscheiden. Und weil es auch für Handel und Produktion bequem und billig ist, Kunststoffe und Einwegsysteme zu verwenden. Mehrwegsysteme bin-

den Kapital und bringen Kosten mit sich, die der Handel und die Produzenten gerne einsparen.

Über die Hälfte der Kunststoffe aus dem Gelben Sack landet in der Verbrennung. Da stimmt doch etwas am System nicht.

Nach meinen aktuellen Zahlen sind es 53 Prozent. Das liegt zum Beispiel daran, dass Materialien miteinander verbunden sind und sich nicht trennen lassen: Papier und Plastik, Plastik und Metall. Dass verschiedene Kunststoffe in einer Verpackung miteinander untrennbar verbunden sind und sich nicht mehr trennen und verwerten lassen; dass sie verdrückt sind. Es liegt auch daran, dass weiter schwarze Kunststoffbehälter produziert werden, weil es jemand marketingtechnisch schick findet, sich aber schwarze Kunststoffe nicht per Infrarot erkennen und so aussortieren lassen. Alle diese Kunststoffe können nicht weiter verwertet werden; sie müssen dann verbrannt werden.

Sollte es da nicht technologisch bessere Lösungen geben?

Ja. Zum Beispiel keine schwarzen Plastikflaschen mehr herstellen.

Zurück zu den Anlagen. Wie ließe sich deren CO<sub>2</sub>-Ausstoß verringern?

In unserer Branche werden natürlich solche Überlegungen angestellt. Es gibt zwei verschiedene Methoden, über die nachgedacht wird. Eine heißt CCU, eine heißt CCS. CCU steht für „carbon capture and utilisation“,

„Würden weniger Kunststoffe verbrannt, wäre das ein großer Schritt. Dafür müsste man Kunststoffe teurer machen, nicht die Verbrennung.“

also: Fang den Kohlenstoff ein und mach was draus! Beispiel: Ich filtere CO<sub>2</sub> aus dem Abgas, scheidet es mit irgendeiner Technik ab, erzeuge mit Strom aus der Müllverbrennung Wasserstoff, und in einem chemischen Prozess kann ich dann CO<sub>2</sub> und Wasserstoff zu Methanol machen. Dann habe ich etwas Sinnvolles geschafft. Es gibt jetzt die ersten Ideen dazu und Pilotanlagen, und ich denke, in den nächsten zehn Jahren wird da einiges passieren. Aber es gibt bisher noch keine Erfahrungen damit.

Und die zweite Methode?

CCS steht für „carbon capture and storage“, also: Fang den Kohlenstoff ein und lagere ihn ein! Das halte ich als Naturwissenschaftler für gefährlich. Da geht es nur darum, das Kohlendioxid abzuscheiden und in die Erde zu pressen. Man hat international schon entschieden, dass das keinesfalls in das Meerwasser passieren darf, weil das für das Ökosystem nachteilig wäre. Aber auch das Ablagern in Steinschichten scheint mir nicht sicher, weil das alles wieder austreten könnte. Dann war der ganze Aufwand für die Katz. Aber, wie gesagt: im geplanten Brennstoffemissions-Handelsgesetz gibt es keinerlei Ansatz dafür, den Anreiz zu erhöhen, damit Müllheizkraftwerke weniger CO<sub>2</sub> ausstoßen. Er werden einfach nur die Gebühren steigen.

Was kommt jetzt ab 1. Januar 2023 mutmaßlich auf die Verbraucher zu?

Drei unserer Gesellschafter, also der Kommunen, deren Abfall wir verwerten, haben das mal durchgerechnet. 2023 würden die Abfallgebühren – ohne Berücksichtigung anderer Effekte – wegen der CO<sub>2</sub>-Abgabe um 6,5 bis 10 Prozent steigen. In der letzten Stufe wären es insgesamt Preissteigerungen von 10 bis 15 Prozent gegenüber heute.